

UMFRAGE „GESCHÄFTSKLIMA IN BELARUS 2017“

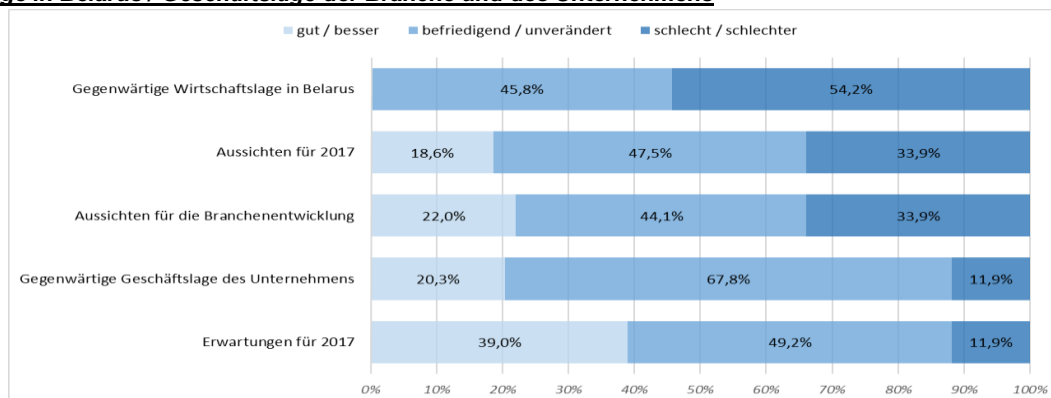
Die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus (AHK Belarus) und das Informationszentrum der Deutschen Wirtschaft – DEInternational-Servicestruktur des Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) haben bereits zum sechsten Mal seit 2012 die jährliche Umfrage zum Geschäftsklima in der Republik Belarus durchgeführt. Solche Umfragen werden traditionell von den Auslandshandelskammern (AHKs) in Zentral- und Osteuropa sowie in den GUS-Ländern veranstaltet und tragen zum Informationsaustausch zwischen den in den jeweiligen Regionen tätigen Unternehmen bei.

Ziel der Umfragen ist es, eine Vergleichsanalyse der Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, außenwirtschaftlichen und Investitionstätigkeit in verschiedenen Ländern zu erhalten, die die persönliche Wahrnehmung durch die Unternehmen unabhängig von makroökonomischen Daten und Angaben der staatlichen Statistik darstellt. Anhand der Umfrageergebnisse haben die potentiellen Investoren, welche das jeweilige Land als einen möglichen Investitionsstandort und Wirtschaftspartner ansehen, die Möglichkeit, ein zuverlässiges und umfangreiches Bild unter Berücksichtigung der Meinungen und Einschätzungen der befragten deutschen Firmen über die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit im Lande zu erhalten.

An der diesjährigen Geschäftsklimaumfrage haben sich 59 in Belarus tätige Unternehmen, vorwiegend mit deutschen Investitionen beteiligt (2016: 60 Befragte, 2015: 57 Befragte, 2014: 42 Befragte). Im Branchenschnitt sind es in diesem Jahr 10 Industrieunternehmen, 34 Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor, 20 Handelsunternehmen, 2 Energie- und Wasserversorgungsunternehmen sowie 5 Unternehmen der Baubranche. Einige Unternehmen haben die Zugehörigkeit zu zwei oder mehr Haupttätigkeitsbereichen angegeben. Über 90% der befragten Unternehmen sind KMU mit weniger als 250 Mitarbeitern. Fast ein Drittel der Teilnehmer meldet einen Exportanteil am Gesamtumsatz von über 60%. Die Mehrheit der Unternehmen gaben ihre Bewertungen auch bei den vorigen Umfragen ab, wodurch eine gewisse Nachhaltigkeit der Umfrageergebnisse erreicht wird und man diese als ein Stimmungsbarometer der deutschen Wirtschaft vor Ort im Laufe der letzten 5 Jahre interpretieren kann.

KONJUNKURLAGE IM ÜBERBLICK

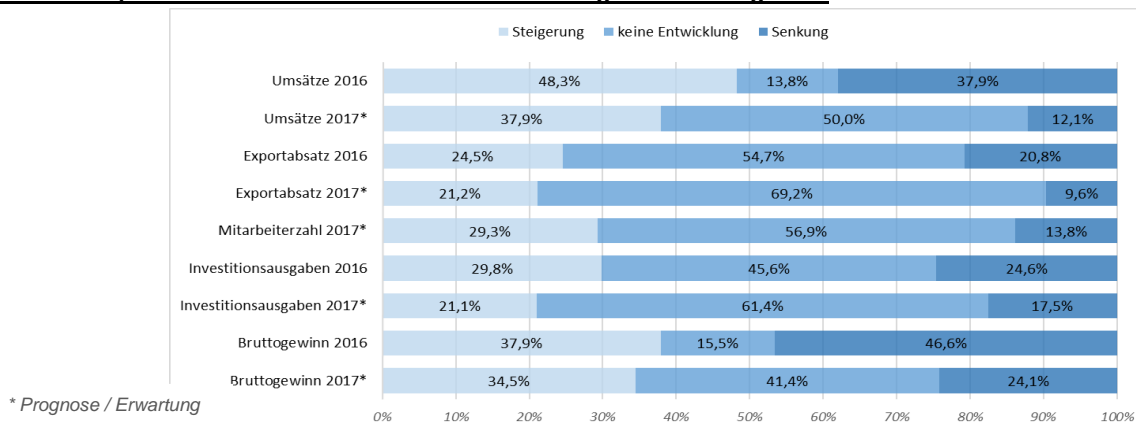
Wirtschaftslage in Belarus / Geschäftslage der Branche und des Unternehmens



- Die Bewertung der **Wirtschaftslage** spiegelt die andauernde Rezession im Lande realistisch wider: über die Hälfte der Befragten wiesen auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Belarus im Jahr 2016 hin. Es ist eine Trendänderung bei der Umfrage 2017 zu verzeichnen – zum ersten Mal seit dem Rezessionsbeginn ging der Anteil von „Pessimisten“ etwas zurück, seit 2013 und bis dahin war eine ständige Zunahme von negativen Bewertungen zu beobachten.
- Erwartungen der Unternehmen für 2017** sind ebenfalls positiver, dabei kam dieser Trend erstmalig bereits letztes Jahr zum Vorschein: der Anteil der Unternehmen, die mit einer Stabilisierung (d.h. Ausbleiben der Verschlechterung) der Wirtschaftslage rechnen, stieg im laufenden Jahr auf 2/3, was dem Niveau des Vorkrisenjahres 2014 entspricht. Zu „Optimisten“ zählt sich bereits jeder fünfte Befragte, was sogar die Bewertung von Aussichten der letzten Jahre übertrifft. Es sei betont, dass die Anzahl der „Pessimisten“ – jeder dritte Befragte – nach wie vor erheblich ist und fast zweifach die Anzahl der „Optimisten“ übersteigt.
- Bei den Bewertungen der **Aussichten für die Branchenentwicklung** sieht es 2017 ähnlich aus: der Anteil der „Pessimisten“ geht zurück – von 40 Prozent 2016 auf 1/3 im Jahr 2017, was den Anteil der „Optimisten“ um ein Drittel übertrifft. Mit einer Verbesserung in der Branchenentwicklung rechnen zwei von fünf Befragten – dies ist mehr, als in den Vorjahren. Zwei Drittel der Befragten setzen auf das Ausbleiben der Verschlechterung der Situation in der Branche 2017.
- Die **Bewertungen der gegenwärtigen Geschäftslage der eigenen Unternehmen** liegen im Trend der letzten Jahre: neun von zehn Befragten bezeichneten sie als gut bzw. befriedigend, und nur jeder Zehnte – als schlecht.
- Aussichten für die Entwicklung der eigenen Unternehmen** bewerten die Befragten noch besser – der Anteil von pessimistischen Erwartungen nahm um ein Drittel ab, und der Anteil der „Optimisten“ verzeichnete einen erheblichen Zuwachs – von 25 auf beinahe 40 Prozent und erreichte somit das Vorkrisenniveau. Insgesamt rechnen neun von zehn Befragten mit der Verbesserung bzw. mindestens mit dem Ausbleiben der Verschlechterung ihrer Geschäftslage dieses Jahr – was ebenfalls über den Werten der Vorjahre liegt, einschl. des Vorkrisenjahres 2014.

Eine mögliche Erklärung für solche Bewertungen der Geschäftslage und der Entwicklungsaussichten der eigenen Unternehmen angesichts der andauernden Rezession besteht in Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Exportorientiertheit der deutschen KMU, ihrer Integration in den internationalen Wertschöpfungsketten, Nachfrage nach ihren Produkten und Leistungen sowohl auf dem lokalen, als auch auf den EAWU- und Nicht-GUS-Märkten.

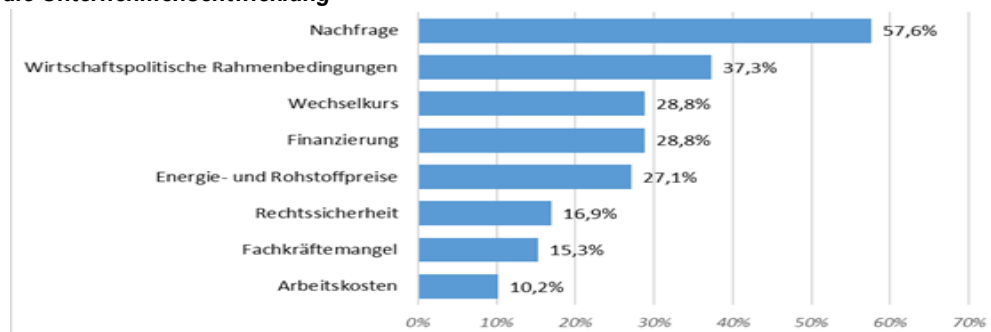
Umsätze / Exportabsatz / Mitarbeiterzahl / Investitionsausgaben / Bruttogewinn



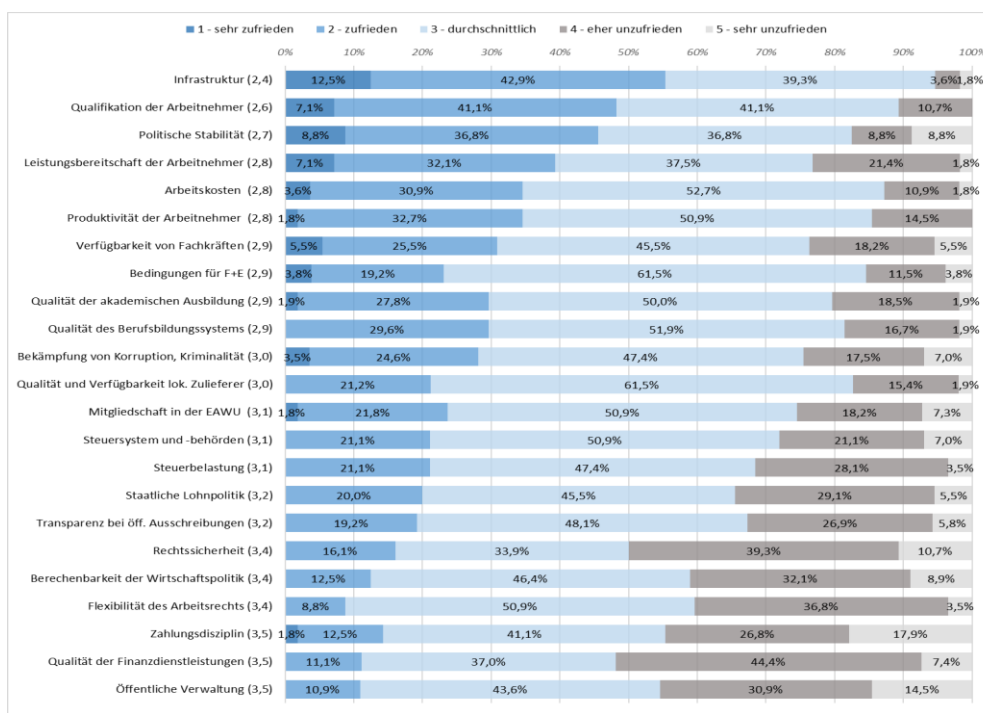
- Fast die Hälfte der Befragten wies auf die Zunahme der **Umsätze** in Euro hin – fast um das Zweifache im abgelaufenen Jahr im Vgl. zum Vorjahresniveau. Zugleich bleibt der Anteil der Befragten, die eine Senkung der Umsätze verzeichneten (4 von 10 Befragten) unverändert binnen letzten Jahren und liegt fast zweifach über den Bewertungen des Vorkrisenjahres 2014.
- 2017 prognostizieren neun von zehn Befragten eine Steigerung bzw. Aufrechterhaltung der **Umsätze**, was wesentlich höher als die Bewertungen der Vorjahre ist. Zu erwähnen ist auch ein nicht übersehbarer Rückgang des Anteils von Befragten, die eine Senkung der Umsätze erwarten (mehr als ums Zweifache), was mit der Prognose der Entwicklungsaussichten der deutschen Unternehmen im laufenden Jahr übereinstimmt.
- Nur jeder fünfte Befragte meldete die Senkung der **eigenen Exportabsätze** im letzten Jahr – erheblich weniger, als 2016 (jeder Dritte). Der Anteil der Befragten, die die Zunahme der eigenen Exporte verzeichneten – jeder Vierte der Befragten – blieb auf der Ebene letzten Jahres, und die Summe mit dem Anteil der Antworten „Keine Entwicklung“ belief sich auf über 80 Prozent.
- Bei den Prognosen für 2017 ist der Anstieg des Anteils von Unternehmen auffällig, die mit dem Ausbleiben der Senkung vom **Exportvolumen** rechnen – auf 90 Prozent, was auf den dreifachen Rückgang der Unternehmenszahl zurückzuführen ist, die eine Senkung der eigenen Exporte erwarten.
- Der Anteil der Unternehmen, die einen Abbau der **Mitarbeiterzahl** planen, ging fast zweifach zurück (von 22,4 Prozent 2016 auf 13,8 Prozent 2017). Jedes dritte Unternehmen plant, die Mitarbeiterzahl zu steigern, was um ein Drittel über dem Niveau des Vorkrisenjahres 2014 liegt.
- Wie auch 2016 beabsichtigen die meisten Befragten (6 von 10) die **Lohnerhöhungen**, dabei soll diese Erhöhung bei fast einer Hälfte davon von 10 bis 30 Prozent betragen, bei den Anderen – bis zu 10 Prozent. Bei drei von zehn Unternehmen werden die Lohnkosten keine Änderungen erfahren, eine Kürzung erwartet nur einer von zehn Befragten.
- Drei von vier befragten Unternehmen verzeichneten die Beibehaltung bzw. eine Steigerung der **Investitionsausgaben** 2016, dabei meldete fast ein Drittel der Befragten eine Steigerung.
- Jeder fünfte Befragte erwartet eine Zunahme von **Investitionsausgaben** in der nächsten Zukunft, wie auch 2016, mit der Abnahme rechnet jeder Sechste – es fällt eine Reduzierung des Anteils solcher Befragten beinahe ums Zweifache auf. Zusammenfassend – über 80 Prozent der Unternehmen werden ihre Investitionsprogramme 2017 beibehalten bzw. ausbauen, was den Werten des Vorkrisenjahres 2014 nahesteht.
- Vier von zehn Befragten meldeten eine Zunahme des **Bruttogewinns** im letzten Jahr. Noch deutlicher war aber der Anteil der Befragten, die eine Abnahme zuließen – fast eine Hälfte der Befragten, es wirken immer noch die Rezessionsfolgen. Er liegt nicht nur über den realen Werten der Vorjahre, sondern auch über dem Niveau der negativen Erwartungen, die während der Umfrage 2016 geäußert worden sind – damals haben „nur“ 37,5 Prozent der Befragten einen Rückgang des Bruttogewinns prognostiziert.
- Die Erwartungen für 2017 sind optimistischer: eine Zunahme des **Bruttogewinns** prognostiziert jedes dritte Unternehmen, eine Abnahme – jedes Vierte. Somit erwarten drei von vier deutschen Unternehmen eine Zunahme bzw. wenigstens keine Abnahme des Bruttogewinns.

STANDORTFAKTOREN

Risiken für die Unternehmensentwicklung



- Als größte **Risiken für die Unternehmensentwicklung** bezeichneten die Befragten vor allem den Rückgang der Nachfrage und die Schrumpfung des Marktes, Risiken, die mit den Änderungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zusammenhängen, wie auch Schwankungen des Wechselkurses und deren negative Folgen. Unter den Risikofaktoren wurden auch Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierungsbedingungen sowie Rechtssicherheit genannt. Diese Faktoren wurden u.a. auch im Rahmen der **detaillierten Bewertung der Standortqualität** (s. unten) mit negativen Noten eingeschätzt.



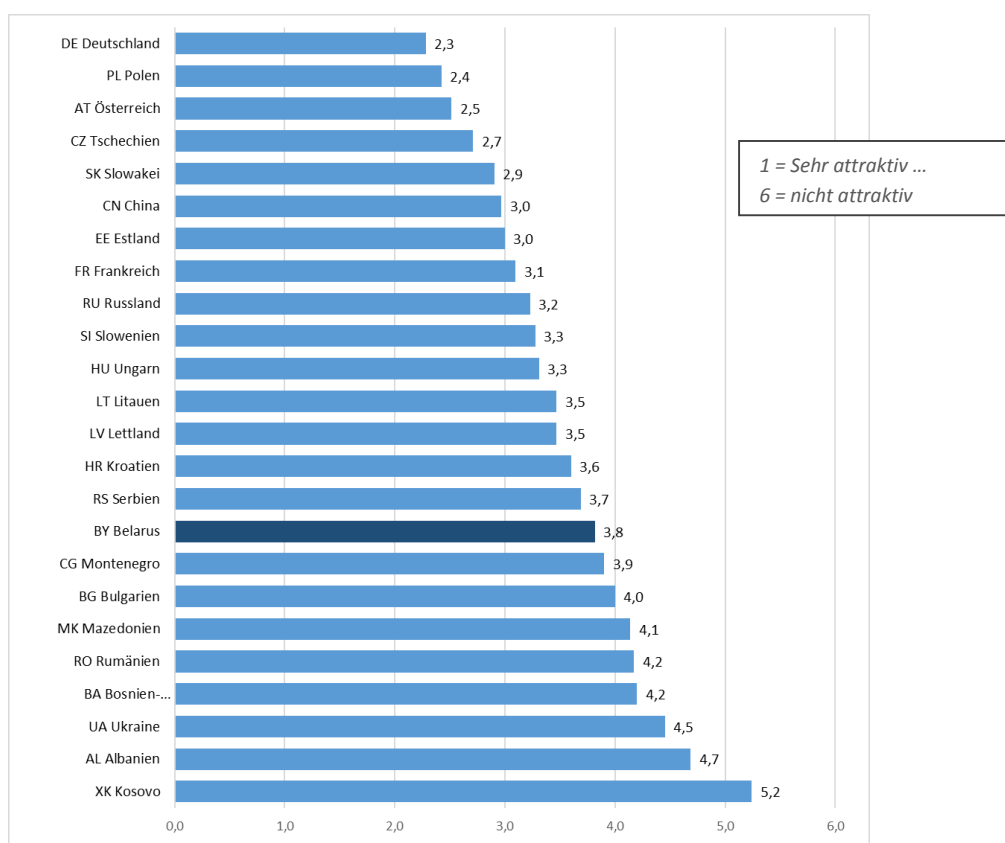
- Bei der Bewertung von qualitativen Standortfaktoren in der Republik Belarus im laufenden Jahr wurden unter TOP-3 traditionell wieder **Infrastruktur** (die höchste Note – 2,4 Punkte, der erste Platz wie 2016), **politische Stabilität** und **Qualifikation der Arbeitnehmer** genannt.
- Als Trend der Vorjahre heben sich durch höhere Noten und Platzierung im oberen Tabellenteil (Plätze vier bis sieben) die Faktoren hervor, die unmittelbar mit den Human Resources zusammenhängen: **Motivation der Arbeitnehmer**, **Lohnkosten**, **Arbeitsproduktivität** und **Verfügbarkeit der Fachkräfte**. Unter den Bedingungen der Rezession und der jüngsten Rubelentwertung sanken die Lohnkosten, zugleich erschwerte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt, was zum Anstieg der Motivation der Arbeitnehmer, der Arbeitsqualität sowie zum Wunsch, den Arbeitsplatz zu behalten, beitrug.
- Zu TOP-10-Faktoren gehören auch **Bedingungen für F&E**, **Qualität der Hochschulbildung** und **Qualität der beruflichen Ausbildung**. Deren Bedeutung nimmt im Kontext der Änderungen von Geschäftsmodellen zu, die durch die Herausforderungen von „Smart Things Economy“, „Industry 4.0“ und der digitalen Transformation der gesamten Wirtschaft bedingt ist. Dies setzt unter anderem auch den Erwerb von neuen Kompetenzen, Qualifikationen und Fähigkeiten voraus. In diesem Zusammenhang sehen sich die Organisationen auch in diesen Bereichen mit neuen Aufgaben konfrontiert angesichts einer überfälligen Notwendigkeit, Strukturreformen durchzuführen, die die Wirtschaft auf die Innovationsgleise umzustellen und sich in die internationalen Wertschöpfungsketten zu integrieren.
- Im unteren Tabellenteil wie auch in den Vorjahren befindet sich der Faktor **Flexibilität der Arbeitsgesetzgebung**. Unter den Bedingungen einer erzwungenen massenhaften Entlassung der Arbeitnehmer, die mit der Wirtschaftstransformation zusammenhängt, ist es erforderlich, die Rahmenbedingungen in diesem Bereich, wie auch insgesamt im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung zu vereinfachen (u.a. durch die entsprechende Änderung der geltenden Gesetzgebung), indem man moderne flexible Formen und Formate der Beschäftigung in der Wirtschaft, Einführung von neuen nachgefragten Berufen, umfassende und zugängliche Umschulungsmaßnahmen sowie das Auffangen des freigesetzten Personals durch neue aussichtsreiche Unternehmen und Branchen mit hochproduktiven Arbeitsplätzen vorsieht.
- Nach wie vor befinden sich im unteren Tabellenteil solche Faktoren wie **Zahlungsdisziplin** und **Qualität der Finanzdienstleistungen**, was mit der gesamten Wirtschaftslage und dem Zustand des Finanzsektors im Land zusammenhängt, wie auch die Faktoren **öffentliche Verwaltung**, **Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik** und **Rechtssicherheit**. In den letzten Jahren verbreitete sich die Anwendung der subsidiären Haftung samt dem Ersatz des Insolvenzinstituts – als Instrument zur Schuldenbefreiung von zahlungsunfähigen Unternehmen – durch ein de facto neues Institut: Übertragung der Schulden der insolventen juristischen Person, und zwar nicht nur auf das Privatvermögen der Gründer (*d.h. Eigentümer des Unternehmensvermögens*), sondern auch auf das der Unternehmensleiter (*d.h. Arbeitnehmer*) bei einer unklaren Definition des Verschuldens und einem nicht ausreichenden Schutz des Privateigentums und der persönlichen Freiheit. Auf der Hand liegt auch eine übertroffene regulatorische Belastung der Unternehmen. Das hält die Bevölkerung davon ab, sich selbständig zu machen, und verhindert neue FDI, was wiederum den Abbau der Spannungen auf dem Arbeitsmarkt und die Erschließung von neuen Triebfedern für das Wirtschaftswachstum unmöglich macht.
- Der Faktor **Mitgliedschaft in der EAWU** nahm vorläufig einen Platz in der Mitte der Tabelle ein, was sowohl Probleme in den Beziehungen mit Russland im letzten Jahr, als auch den heutigen Stand – das „Festfahren“ eines für die belarussische Volkswirtschaft

wichtigen regionalen Integrationsprojektes* - widerspiegelt. Es sei betont, dass Belarus, das den 37. Platz in der Umfrage der Weltbank Doing Business – 2017 einnimmt, das in der EAWU einzige Land bleibt, das über keine WTO-Mitgliedschaft verfügt.

STANDORTQUALITÄT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

- Die Republik Belarus behielt den Platz in der Tabellenmitte bei (zum Vgl.: 2017 – Platz 16 von 24, 2016 – 13, 2015 – 19, 2014 – 10 – die vergleichsweise hohe Positionierung vor drei Jahren war eher durch eine emotionale Bewertung der Landesattraktivität vor dem Hintergrund der angespannten Situation in der Region bedingt).
- Zugleich liegt die Anzahl der Unternehmen, die bereit wären, die Republik Belarus als Investitionsstandort wieder zu wählen, bei 51 Prozent, was einerseits dem Wert von 2016 (52 Prozent) entspricht, andererseits weit unter den Werten aus den Jahren 2013 – 2014 (70 Prozent) zurückliegt. Die Befragten, die sich heute für ein anderes Land entscheiden würden, nannten als Alternative vor allem EU-Mitgliedstaaten. Ganz vorne im Ranking liegen Deutschland (mit 2,3 Punkten), Polen (2,4 gegen 2,9 im Jahr 2016) und Österreich, andere EU-Mitglieder - Tschechien, Slowakei (2,9 Punkte gegen 3,6 im Jahr 2016), Estland. Unter den Ländern außerhalb der EU kann man das Interesse der Befragte für China und Russland verzeichnen.

Kumulierte Betrachtung der Standortattraktivität im internationalen Vergleich



Die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen die Republik Belarus im Februar 2016 und die Intensivierung des politischen Dialogs mit der EU und mit Deutschland könnten das Beleben des Interesses für Belarus als Investitionsstandort fördern und zur weiteren Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich beitragen. Zugleich erhielt Belarus angesichts einer immer noch komplizierten geopolitischen Lage in der Region vor dem Hintergrund der geltenden gegenseitigen Sanktionen zwischen Russland und den westlichen Staaten wieder eine ziemlich einzigartige Chance, noch aktiver als „technologische Brücke“ zwischen zwei wirtschaftlichen Einflusszonen – EU und EAWU – zu wirken, u.a. im Kontext des Projektes der Neuen Seidenstraße „One Belt, One Road“, der Umsetzung der Idee der „Integration der Integrationen“ – einer freien Handelszone von Lissabon bis Wladiwostok. Voraussetzungen dafür wären eine weitere Stabilisierung der Lage in der Region, Wirtschaftswachstum in Russland und in der EAWU insgesamt sowie Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Stabilisierung und Durchführung von strukturellen und institutionellen Reformen im Land, Diversifizierung und Digitalisierung der belarussischen offenen Wirtschaft im Kontext der internationalen Arbeitsteilung und der Notwendigkeit der Integration in die Wertschöpfungsketten.

* Laut der Umfrage, die erstmals gemeinsam durch die Deutsch-Russische Außenhandelskammer, die Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien und die Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus Anfang 2017 durchgeführt wurde, betrachten die meisten deutschen Unternehmen (60%), die in der EAWU tätig sind, die EAWU vor allem als regionales Wirtschaftsverbündnis, und nicht als ein geopolitisches Projekt, das den Einfluss Russlands in der Region festigen soll. Als wichtigste Vorteile der EAWU für eigene Unternehmen bezeichnen die Befragten die Aufhebung der Zölle zwischen den Ländern (25%), Erweiterung des Verbrauchermarktes (24%) sowie Kosteneinsparungen in den Bereichen Logistik und technische Regelungen (11%). Der volle Bericht zur Umfrage ist auf der Website der RDW abrufbar unter <http://belarus.ahk.de/news/publikationen/>.